



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI
Ispektorato federale degli impianti a corrente forte ESTI
Inspecturat federal d'installaziuns a current ferm ESTI

Hauptsitz / siège / sede principale
Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung / succursale
ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Mitteilung / Communication / Comunicazione

Änderung der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (VPeA), der Leitungsverordnung (LeV) und der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)

1. Einleitung

Am 24. Juni 2009 hat der Bundesrat Änderungen der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (VPeA), der Raumplanungsverordnung (RPV), der Leitungsverordnung (LeV) und der Plangenehmigungsverordnung für Eisenbahnanlagen (VPVE) beschlossen und auf den 1. September 2009 in Kraft gesetzt. Mit diesen Veränderungsänderungen können insbesondere die Plangenehmigungsgesuche, die für den Ausbau des strategischen Stromübertragungsnetzes einzureichen sind, in einzelnen Punkten einfacher und rascher bearbeitet werden.

Ausserdem hat der Bundesrat am 1. Juli 2009 Änderungen der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) zugestimmt und diese ebenfalls auf den 1. September 2009 in Kraft gesetzt. Die Beurteilung benachbarter Anlagen, bisher auf Empfehlungsstufe geregelt, wird neu in der Verordnung verankert. Gleiches gilt für einige Präzisierungen und Ergänzungen.

Nachfolgend wird auf die wichtigsten Änderungen der VPeA, der LeV und der NISV hingewiesen. Der vollständige Wortlaut der Änderungen kann in der Amtlichen Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen, AS 2009 3507 und 3565, nachgelesen werden (siehe www.admin.ch > Bundesgesetze > Amtliche Sammlung > 2009 > Nr. 28 [VPeA, RPV, LeV, VPVE] und Nr. 29 [NISV]).

2. VPeA

2.1 Kriterien für die Ausnahme von der Sachplanpflicht für Hochspannungsleitungen

Nach Art. 16 Abs. 5 des Elektrizitätsgesetzes (EleG) ist für Vorhaben, die sich erheblich auf Raum und Umwelt auswirken, vorgängig zum Plangenehmigungsverfahren grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchzuführen. «Grundsätzlich» bedeutet, dass in Einzelfällen davon abgewichen werden kann. Die VPeA legt nun in Art. 1a verbindliche Kriterien für die Ausnahme von der SÜL-Pflicht fest (SÜL = Sachplan Übertragungsleitungen).

Zunächst wird festgehalten, dass nur Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 220 kV und höher (50 Hz) der SÜL-Pflicht unterliegen. Bei neuen Leitungen kann auf das SÜL-Verfahren lediglich verzichtet werden, wenn:

- sie nicht länger sind als 2 Kilometer;
- keine Schutzgebiete nach eidgenössischem und kantonalem Recht berührt werden; und
- die Anforderungen der NISV eingehalten werden können, ohne dass eine Ausnahmebewilligung beansprucht werden muss.

Ersatz, Änderung und Ausbau bestehender Leitungen können ohne vorgängiges Sachplanverfahren genehmigt werden, wenn:

- die Möglichkeiten von Zusammenlegungen mit anderen Leitungen ausgeschöpft wurden;
- die bestehenden Masten nicht mehr als 50 Meter seitlich zur Leitungsachse verschoben werden und um nicht mehr als 10 Meter erhöht werden;
- Nutzungskonflikte im bestehenden Leitungskorridor gelöst werden können;
- Konflikte in Schutzgebieten nach eidgenössischem und kantonalem Recht durch Ersatzmassnahmen ausgeglichen werden können; und
- die Anforderungen der NISV eingehalten werden können, ohne dass eine Ausnahmebewilligung beansprucht werden muss.

Das Bundesamt für Energie BFE entscheidet nach Rücksprache mit den zuständigen Fachstellen des Bundes (vorab das Bundesamt für Raumplanung ARE, das Bundesamt für Umwelt BAFU und das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI) und der betroffenen Kantone darüber, ob ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss.

Die Unterlagen bzw. Ergebnisse, die im Sachplanverfahren erarbeitet wurden, gehören zu den Akten für das Plangenehmigungsverfahren und sind folglich auch Bestandteil des Plangenehmigungsgesuchs, das beim ESTI einzureichen ist. Das gilt auch für das Ergebnis der Prüfung der Voraussetzungen für den Verzicht auf die

Durchführung des Sachplanverfahrens (Art. 2 Abs. 1 Bst. g VPeA).

2.2 Verzicht des ESTI auf Einspracheverhandlungen bei Aussichtslosigkeit auf Einigung

Neu kann das ESTI auf die Durchführung von Einspracheverhandlungen verzichten, wenn eine Vermittlung zwischen den Parteien aussichtslos erscheint. In diesem Fall überweist das ESTI die Unterlagen mit einem Bericht über den Stand des Verfahrens dem BFE. Das Bundesamt führt dann eine Einspracheverhandlung durch. Es kann zusätzliche Beweise erheben und Begehungen anordnen (Art. 5 Abs. 3 und Art. 6a VPeA).

3. LeV

Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei bestehenden Leitungen

Die Betreiberinnen von Hochspannungsleitungen sahen sich bisher immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf den Schutz vor nichtionisierender Strahlung als Folge nachträglicher Bau- und Planungstätigkeiten nicht mehr eingehalten werden konnten.

Aufgrund des neuen Art. 11a LeV muss nun die für die Erteilung einer Baubewilligung oder die Genehmigung von Nutzungsänderungen von Grundstücken zuständige kommunale oder kantonale Behörde vor der Erteilung einer Baubewilligung oder der Genehmigung einer Nutzungsänderung die Betreiberin einer Hochspannungsleitung anhören, wenn:

- die zulässige Nutzung von Flächen in bestehenden Bauzonen so erweitert oder geändert wird, dass neue Orte mit empfindlicher Nutzung (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und b NISV) entstehen können innerhalb des Bereichs um eine bestehende Hochspannungsleitung, in welchem der Anlagegrenzwert (Anhang 1 Ziff. 14 NISV) im massgebenden Betriebszustand (Anhang 1 Ziff. 13 NISV) erreicht oder überschritten ist;
- Gebäude so erstellt oder geändert werden, dass neue Orte mit empfindlicher Nutzung (Art. 3 Abs. 3 Bst. a und b NISV) innerhalb des Bereichs um eine

bestehende Hochspannungsleitung entstehen, in welchem der Anlagegrenzwert (Anhang 1 Ziff. 14 NISV) im massgebenden Betriebszustand (Anhang 1 Ziff. 13 NISV) erreicht oder überschritten ist.

Die Pflicht zur Anhörung der Betreiberinnen von Hochspannungsleitungen ermöglicht es, rechtzeitig Konflikte zwischen den Bedürfnissen der Elektrizitätsversorgung einerseits und den Anforderungen der Siedlungsentwicklung der Gemeinde und Kantone andererseits zu erkennen. Dies erlaubt es allen Betroffenen, ihre Anliegen bereits in die Planung einfließen zu lassen. Konfliktsituationen können vermieden und Sachzwänge verhindert werden.

4. NISV

4.1 Anlagedefinition für Hochspannungsleitungen

Die Anlagedefinition für Hochspannungsleitungen wird präzisiert (Anhang 1 Ziff. 12 NISV).

Eine Anlage umfasst innerhalb eines zu beurteilenden Abschnitts alle Leitungen, die in einem engen räumlichen Zusammenhang stehen, unabhängig davon, in welcher Reihenfolge sie erstellt oder geändert werden. In einem engen räumlichen Zusammenhang stehen zwei Leitungen, wenn sich ihre Nahbereiche berühren oder überlappen. Der Nahbereich einer Leitung ist der Raum, in dem die von der Leitung allein erzeugte magnetische Flussdichte den Anlagegrenzwert überschreitet. Massgebend sind die Ströme nach Anhang 1 Ziff. 13 Abs. 2 und 3 NISV und die optimierte Phasenbelegung.

4.2 Definition «Änderung einer Anlage»

Als Änderung einer Anlage gilt auch die Änderung der Anzahl Leitungsstränge. Dieser Tatbestand, bisher auf Empfehlungsstufe erfasst, ist jetzt auf Verordnungsstufe verankert (Anhang 1 Ziff. 12 Abs. 8 NISV).

4.3 Massgebender Betriebszustand für elektrische Leitungen

Die auf Empfehlungsstufe bereits differenzierte Definition ist jetzt auf Verordnungsstufe verankert (Anhang 1 Ziff. 13 NISV).

Als massgebender Betriebszustand gilt der gleichzeitige Betrieb aller Leitungsstränge mit den massgebenden Strömen in der am häufigsten vorkommenden Kombination der Lastflussrichtungen. Als massgebender Strom gilt:

- für Freileitungen: der nach dem Stand der Technik berechnete maximal zulässige Dauerstrom bei 40 Grad Celsius Umgebungstemperatur und 0,5 m/s Windgeschwindigkeit;
- für Kabelleitungen: der nach dem Stand der Technik, namentlich nach der Norm IEC 60287 berechnete maximale Dauerstrom.

Die Behörde kann in der Plangenehmigungsverfügung für den massgebenden Strom einen niedrigeren Wert als oben erwähnt festlegen.

4.4 Optimierung der Phasenbelegung bei elektrischen Leitungen

Die Forderung nach einer Optimierung der Phasenbelegung wurde etwas gelockert. Es kann im Einzelfall darauf verzichtet werden, wenn die Optimierung aus technischen oder betrieblichen Gründen nicht möglich ist (Anhang 1 Ziff. 15 Abs. 2 Bst. a und Ziff. 16 Abs. 1 NISV).

4.5 Übergangsbestimmung

Die neuen Definitionen von Anhang 1 kommen nur zur Anwendung, wenn Anlagen neu erstellt oder wenn bestehende Anlagen ersetzt, an einen andern Standort verlegt oder geändert werden (Art. 20 NISV). Auf alte Anlagen allerdings, die nach den bisherigen Bestimmungen hätten saniert werden müssen, bei denen die Sanierung jedoch noch nicht durchgeführt wurde, sind die neuen Bestimmungen ab Inkrafttreten (1. September 2009) anwendbar.

Dario Marty, Chefingenieur

Kontakt/contact/contatto

Hauptsitz/siège/sede centrale

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung/succursale

ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Modification de l'ordonnance sur la procédure d'approbation des plans des installations électriques (OPIE), de l'ordonnance sur les lignes électriques (OLEI) et l'ordonnance sur la protection contre le rayonnement non ionisant (ORNI)

1. Introduction

Le 24 juin 2009, le Conseil fédéral a adopté les révisions de l'ordonnance sur la procédure d'approbation des plans des installations électriques (OPIE), de l'ordonnance sur l'aménagement du territoire (OAT), de l'ordonnance sur les lignes électriques (OLEI) et de l'ordonnance sur la procédure d'approbation des plans pour les installations ferroviaires (OPAPIF) qui sont entrées en vigueur le 1^{er} septembre 2009. Grâce à ces modifications des ordonnances, les demandes d'approbation des plans, en particulier celles à déposer pour l'extension du réseau stratégique de transport de l'électricité, sont traitées dans certains points plus facilement et plus rapidement.

En outre, le Conseil fédéral a approuvé le 1^{er} juillet 2009 les modifications de l'ordonnance sur la protection contre le rayonnement non ionisant (ORNI), entrées elles aussi en vigueur le 1^{er} septembre 2009. L'appréciation des installations avoisinantes, réglée jusqu'à présent à un niveau de recommandation, est désormais ancrée dans l'ordonnance. Ceci est également valable pour quelques précisions et compléments.

Ci-après sont indiquées les modifications les plus importantes de l'OPIE, de l'OLEI et de l'ORNI. Le texte complet des modifications peut être retrouvé dans le Recueil officiel des lois fédérales et ordonnances, RO 2009 3507 et 3565 (voir www.admin.ch > Législation > Recueil officiel > 2009 > N° 28 [OPIE, OAT, OLEI, OPAPIF] et N° 29 [ORNI]).

2. OPIE

2.1 Critères pour l'exception à l'obligation d'un plan sectoriel pour les lignes électriques à haute tension

Selon l'art. 16, al. 5 de la loi sur les installations électriques (LIE), en règle générale, l'approbation des plans des projets ayant des effets considérables sur l'aménagement du territoire et sur l'environnement présuppose qu'un plan sectoriel ait été établi. «En règle générale» signifie qu'il est possible de recourir à une dérogation dans des cas particuliers. L'OPIE fixe dans l'art. 1a des critères impératifs pour l'exception de l'obligation d'un PSE (PSE =

Plan sectoriel des lignes de transport d'électricité).

D'abord, il y est fixé que seules les lignes dont la tension nominale est de 220 kV et plus (50 Hz) sont soumises à l'obligation d'un PSE. Une nouvelle ligne peut être approuvée sans procédure préalable de plan sectoriel si:

- elle ne dépasse pas 2 kilomètres;
- elle ne touche aucune zone à protéger en vertu du droit fédéral ou du droit cantonal; et si
- elle répond aux exigences de l'ORNI sans qu'il soit nécessaire de recourir à une dérogation.

Des lignes existantes peuvent être remplacées, modifiées ou développées sans procédure préalable de plan sectoriel si:

- toutes les possibilités d'adjonction à d'autres lignes ont été exploitées;
- les pylônes existants sont déplacés de 50 mètres au plus latéralement par rapport à l'axe de la ligne existante et qu'ils sont rehaussés de 10 mètres au plus;
- les conflits d'utilisation peuvent être résolus dans le corridor existant;
- les conflits dans des zones à protéger en vertu du droit fédéral ou du droit cantonal peuvent être aplanis par des mesures de substitution; et
- les exigences de l'ORNI peuvent être remplies sans qu'il soit nécessaire de recourir à une dérogation.

L'Office fédéral de l'énergie OFEN décide, après avoir consulté les services compétents de la Confédération (d'abord l'Office fédéral du développement territorial ARE, l'Office fédéral de l'environnement OFEV et l'Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI) et des cantons concernés, de la nécessité de mener une procédure de plan sectoriel.

Les documents resp. les résultats traités dans la procédure de plan sectoriel font partie des dossiers de la procédure d'approbation des plans et sont de ce fait aussi un élément constitutif de la demande d'approbation des plans à soumettre à l'ESTI. Ceci est également valable pour le résultat des investigations s'il est décidé de renon-

cer à la procédure de plan sectoriel (art. 2, al. 1, let. g OPIE).

2.2 L'ESTI renonce à mener des négociations sur les oppositions si un accord paraît voué à l'échec

Il est désormais possible à l'ESTI de renoncer à mener des négociations sur les oppositions si une conciliation entre les parties paraît vouée à l'échec. Dans ce cas, l'ESTI transmet le dossier à l'OFEN avec un rapport sur l'état de la procédure. L'office mène alors une négociation sur les oppositions. Il peut réunir des preuves complémentaires et ordonner la visite des lieux (art. 5, al. 3 et art. 6a OPIE).

3. OLEI

Protection contre le rayonnement non ionisant de lignes existantes

Les exploitants de lignes à haute tension se trouvaient jusqu'à maintenant toujours confrontés au fait que, à la suite de constructions et planifications ultérieures, les exigences légales par rapport à la protection contre le rayonnement non ionisant ne pouvaient plus être respectées.

En vertu du nouvel art. 11a OLEI, l'autorité communale ou cantonale compétente pour l'octroi d'un permis de construire ou l'approbation du changement d'affectation d'un bien-fonds doit désormais consulter l'exploitant de la ligne à haute tension avant de délivrer le permis de construire ou d'approuver le changement d'affectation si:

- l'affectation autorisée de surfaces à l'intérieur de zones à bâtir existantes se trouve élargie ou modifiée de telle manière qu'il peut en résulter de nouveaux lieux à utilisation sensible (art. 3, al. 3, let. a et b ORNI) dans l'aire d'une ligne à haute tension existante où la valeur limite de l'installation (annexe 1, ch. 14 ORNI) est atteinte ou dépassée dans le mode d'exploitation déterminant (annexe 1, ch. 13 ORNI);
- des bâtiments sont édifiés ou modifiés de telle manière qu'il en résulte de nouveaux lieux à utilisation sensible (art. 3, al. 3, let. a et b ORNI) dans l'aire d'une ligne à haute tension existante où la valeur limite (annexe 1, ch. 14 ORNI) est atteinte ou dépassée dans le mode

d'exploitation déterminant (annexe 1, ch. 13 ORNI).

L'obligation de consulter les exploitants de lignes à haute tension permet de reconnaître à temps les conflits entre les besoins de l'alimentation électrique et les exigences dues au développement de l'habitat des communes et des cantons. Cela permet à toutes les personnes concernées de faire connaître leurs demandes au moment de la planification. Les situations de conflit peuvent ainsi être évitées et les contraintes empêchées.

4. ORNI

4.1 Définition de l'installation pour lignes à haute tension

La définition de l'installation pour lignes à haute tension est précisée (annexe 1, ch. 12 ORNI).

Une installation comprend toutes les lignes électriques du tronçon à apprécier qui se trouvent à proximité les unes des autres, indépendamment de l'ordre dans lequel elles sont construites ou modifiées. Deux lignes électriques sont à proximité l'une de l'autre lorsque leurs zones de voisinage se touchent ou se recouvrent. La zone de voisinage d'une ligne électrique est l'espace dans lequel la densité de flux magnétique générée par la seule ligne électrique dépasse la valeur limite de l'installation. Sont déterminants les courants au sens du ch. 13, al. 2 et 3 ORNI, et l'ordre des phases optimisé.

4.2 Définition «Modification d'une installation»

Par modification d'une installation, on entend également la modification du nom-

bre de ternes. Cet état de fait, relevant jusqu'à présent du niveau de recommandation, est maintenant ancré au niveau de l'ordonnance (annexe 1, ch. 12, al. 8 ORNI).

4.3 Mode d'exploitation déterminant pour les lignes électriques

La définition déjà différenciée au niveau de recommandation est maintenant ancrée au niveau de l'ordonnance (annexe 1, ch. 13 ORNI).

Par mode d'exploitation déterminant, on entend celui dans lequel tous les ternes sont en service en même temps, chacun des ternes étant exploité à son courant déterminant, et dans la combinaison la plus fréquente des directions de flux de puissance. Par courant déterminant, on entend:

- pour les lignes électriques aériennes: le courant permanent maximal admissible, calculé selon l'état de la technique à une température ambiante de 40 °C avec un vent de 0,5 m/s;
- pour les lignes électriques en câbles: le courant permanent maximal admissible, calculé selon l'état de la technique, notamment selon la norme IEC 60287.

Dans l'arrêté d'approbation des plans, l'autorité peut fixer une valeur de courant déterminant inférieure à celle susmentionnée.

4.4 Optimisation de l'ordre des phases des lignes électriques

L'exigence d'optimisation de l'ordre des phases a été quelque peu assouplie. On peut renoncer dans un cas spécial si l'optimisation n'est pas possible pour des rai-

sons techniques ou de conditions d'exploitation (annexe 1, ch. 15, al. 2, let. a et ch. 16, al. 1 ORNI).

4.5 Disposition transitoire

Les nouvelles définitions de l'annexe 1 ne s'appliquent que si les installations sont nouvelles ou si les installations existantes doivent être remplacées, réinstallées sur un autre site ou modifiées (art. 20 ORNI). Toutefois, pour les anciennes installations qui auraient dû être assainies d'après les anciennes dispositions et pour lesquelles l'assainissement n'a pas été exécuté, les nouvelles dispositions sont applicables dès leur entrée en vigueur (1^{er} septembre 2009).

Dario Marty, ingénieur en chef

Emendamento dell'ordinanza sulla procedura d'approvazione dei piani di impianti elettrici (OPIE), dell'ordinanza sulle linee elettriche (OLEI) e dell'ordinanza sulla protezione dalle radiazioni non ionizzanti (ORNI)

1. Introduzione

Il 24 giugno 2009 il Consiglio federale ha deciso gli emendamenti dell'ordinanza sulla procedura d'approvazione dei piani di impianti elettrici (OPIE), dell'ordinanza sulla pianificazione del territorio (OPT), dell'ordinanza sulle linee elettriche (OLEI) e dell'ordinanza sulla procedura d'approvazione dei piani di impianti ferroviari (OPAPIF) e li ha fatti entrare in vigore il 1° settembre 2009. Grazie a questi emendamenti si possono in particolare evadere in modo più rapido e più semplice nei singoli punti le domande di approvazione dei piani, che vanno presentate per l'ampliamento della rete elettrica di trasmissione strategica.

Il 1° luglio 2009 il Consiglio federale ha inoltre approvato gli emendamenti dell'ordinanza sulla protezione dalle radiazioni non ionizzanti (ORNI), che ha fatto pure entrare in vigore il 1° settembre 2009. La valutazione degli impianti adiacenti, regolamentata finora a livello di raccomandazione, viene ora ancorata nell'ordinanza. Lo stesso vale per alcune precisazioni e integrazioni.

Qui appresso viene richiamata l'attenzione sui principali emendamenti dell'OPIE, dell'OLEI e dell'ORNI. Il testo integrale degli emendamenti può essere consultato nella raccolta ufficiale delle leggi e ordinanze federali, RU 2009 3507 e 3565 (vedere www.admin.ch > Legislazione > Raccolta ufficiale > 2009 > n. 28 [OPIE, OPT, OLEI, OPAPIF] e n. 29 [ORNI]).

2. OPIE

2.1 Criteri per la deroga dall'obbligo di un piano settoriale per linee ad alta tensione

Ai sensi dell'art. 16 cpv. 5 della legge sugli impianti elettrici (LIE), per progetti che incidono considerevolmente sulla pianificazione del territorio e sull'ambiente, prima di avviare la procedura di approvazione dei piani, si deve di regola svolgere la procedura del piano settoriale. «Di regola» significa che in singoli casi si può derogare a questo principio. Nell'art. 1a dell'OLEI sono definiti ora dei criteri vincolanti per la deroga dall'obbligo del PSE (PSE = piano settoriale elettrodotti).

In primo luogo viene stabilito che solo le linee ad alta tensione con una tensione no-

minale di 220 kV e superiore (50 Hz) sono soggette all'obbligo del PSE. Per le nuove linee si può rinunciare alla procedura del PSE unicamente se:

- la loro lunghezza non supera i 2 chilometri;
- le zone protette in virtù di diritto federale e cantonale sono rispettate; e
- i requisiti dell'ORNI possono essere soddisfatti senza dover ricorrere ad un permesso speciale.

La sostituzione, la modifica e l'ampliamento delle linee esistenti possono essere approvati senza previa procedura del piano settoriale se:

- sono state esaurite le possibilità di raggruppamento delle linee esistenti con altre linee;
- i pali esistenti vengono spostati di non oltre 50 metri lateralmente all'asse della linea e innalzati di non oltre 10 metri;
- i conflitti di utilizzazione all'interno del corridoio della linea esistente possono essere risolti;
- i conflitti concernenti zone protette in virtù del diritto federale e cantonale possono essere appianati mediante provvedimenti di sostituzione; e
- i requisiti definiti nell'ORNI possono essere soddisfatti senza dover ricorrere ad un permesso speciale.

Previa consultazione con i servizi specializzati della Confederazione (innanzitutto l'Ufficio federale dello sviluppo territoriale ARE, l'Ufficio federale dell'ambiente UFAM e l'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI) e dei Cantoni interessati, l'Ufficio federale dell'energia UFE decide se è necessario svolgere una procedura del piano settoriale.

I documenti risp. i risultati elaborati nella procedura del piano settoriale fanno parte degli atti per la procedura di approvazione dei piani e fanno pertanto parte della domanda di approvazione dei piani da inoltrare all'ESTI. Questo vale anche per l'esito degli accertamenti delle premesse per la rinuncia allo svolgimento della procedura del piano settoriale (art. 2 cpv. 1 lett. g OPIE).

2.2 Rinuncia dell'ESTI a condurre trattative d'opposizione in quanto senza prospettive di intesa

D'ora in poi l'ESTI può rinunciare a intavolare trattative concernenti le opposizioni, se un'intesa tra le parti si prospetti irraggiungibile. In questo caso l'ESTI invia i documenti, accompagnati da un rapporto sullo stato della procedura, all'UFE. L'Ufficio federale conduce quindi una trattativa concernente le opposizioni. Esso può assumere ulteriori prove e ordinare ispezioni (art. 5 cpv. 3 e art. 6a OPIE).

3. OLEI

Protezione dalle radiazioni non ionizzanti in caso di linee esistenti

Finora i gestori di linee ad alta tensione sono sempre stati confrontati con il fatto che, in seguito ad attività di costruzione e di pianificazione effettuate in un secondo tempo, le disposizioni di legge in materia di protezione dalle radiazioni non ionizzanti non potevano più essere rispettate.

In virtù dell'art. 11a OLEI, prima di rilasciare un permesso di costruzione o approvare modifiche all'utilizzazione dei fondi, l'autorità comunale o cantonale competente deve consultare il gestore di una linea ad alta tensione nel caso in cui:

- l'utilizzazione autorizzata di superfici in zone edificabili esistenti venga estesa o modificata in modo tale da rendere possibili nuovi luoghi a utilizzazione sensibile (art. 3 cpv. 3 lett. a e b ORNI) nel perimetro di una linea ad alta tensione esistente nel quale è raggiunto o superato il valore limite dell'impianto (allegato 1 n. 14 ORNI) nello stato di esercizio determinante (allegato 1 n. 13 ORNI);
- vengono costruiti o modificati edifici in modo tale da creare nuovi luoghi ad utilizzazione sensibile (art. 3 cpv. 3 lett. a e b ORNI) nel perimetro di una linea ad alta tensione esistente nel quale è raggiunto o superato il valore limite dell'impianto (allegato 1 n. 14 ORNI) nello stato di esercizio determinante (allegato 1 n. 13 ORNI).

L'obbligo di consultare i gestori di linee ad alta tensione permette di conoscere per tempo i conflitti tra i fabbisogni dell'approv-

vigionamento di energia elettrica da un lato e le esigenze dello sviluppo residenziale dei Comuni e dei Cantoni dall'altro. Ciò consente a tutti gli interessati di far confluire le loro richieste già nella fase di progettazione. In tal modo si possono evitare situazioni conflittuali e obblighi materiali.

4. ORNI

4.1 Definizione di impianto per linee ad alta tensione

La definizione di impianto per linee ad alta tensione viene precisata (allegato 1 n. 12 ORNI).

Un impianto comprende tutte le linee della sezione sottoposta a valutazione che sono situate in uno spazio ristretto, indipendentemente dall'ordine in cui vengono realizzate o modificate. Due linee sono situate in uno spazio ristretto se le loro zone di prossimità si toccano o si sovrappongono. La zona di prossimità di una linea è lo spazio in cui la densità del flusso magnetico generato dalla sola linea supera il valore limite dell'impianto. Sono determinanti le correnti ai sensi dell'allegato 1 n. 13 cpv. 2 e 3 ORNI e l'occupazione di fase ottimizzata.

4.2 Definizione «Modifica di un impianto»

È considerata modifica di un impianto anche la modifica del numero di tratti di linea. Questo stato di cose, finora regolamentato a livello di raccomandazione, è adesso ancorato a livello di ordinanza (allegato 1 n. 12 cpv. 8 ORNI).

4.3 Stato di esercizio determinante per linee elettriche

Questa definizione già differenziata a livello di raccomandazione è ora ancorata a livello di ordinanza (allegato 1 n. 13 ORNI).

È considerato stato di esercizio determinante l'esercizio simultaneo di tutti i tratti di linea con le correnti determinanti nella combinazione più frequente delle direzioni di carico. È considerata corrente determinante:

- per le linee aeree: la corrente continua massima calcolata secondo lo stato della tecnica e ammessa per una temperatura ambiente di 40 gradi Celsius e un vento di velocità pari a 0,5 m/s;
- per le linee sotterranee: la corrente continua massima calcolata secondo lo stato della tecnica, segnatamente secondo la norma IEC 60287.

Nella decisione relativa all'approvazione del piano l'autorità può fissare per la corrente determinante un valore inferiore a quello summenzionato.

4.4 Ottimizzazione dell'occupazione di fase per linee elettriche

L'esigenza di ottimizzare l'occupazione di fase si è un po' allentata. Nel caso singolo si può rinunciare all'ottimizzazione, se essa per motivi tecnici o d'esercizio non è possibile (allegato 1 n. 15 cpv. 2 lett. a e n. 16 cpv. 1 ORNI).

4.5 Disposizione transitoria

Le nuove definizioni dell'allegato 1 sono applicabili solo se vengono costruiti nuovi impianti o se impianti esistenti vengono sostituiti, trasferiti in un altro sito o modificati (art. 20 ORNI). Tuttavia le nuove disposizioni si applicano dalla data di entrata in vigore (1° settembre 2009) agli impianti vecchi, che secondo le precedenti disposizioni avrebbero dovuto essere risanati, per i quali però il risanamento non è ancora stato effettuato.

Dario Marty, ingegnere capo